Freie Demokratische Partei Bundesschiedsgericht:

Beschluß

Verkündet am 17.08.2001

B 12-54/III-01 EA

Antonia Hüning
Geschäftsstelle BSchG

In dem Schiedsgerichtsverfahren

1. des Herrn G,
2. des Herrn K,
3. des Herrn N,

- Antragsteller -

gegen

1. den F.D.P. Bezirksverband T, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch seine Vorsitzende L,

Antragsgegner zu 1) -

2. F.D.P. Landesverband, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch seinen Vorsitzenden R

Antragsgegner zu 2) -

Verfahrensbevollmächtigter: K,

hat das Bundesschiedsgericht der F.D.P. unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Peter Lindemann und unter Mitwirkung der Beisitzer Dr. Hanns Engelhardt, Dr. Gerhard Wolf, Hermann Bach und Michael Reichelt in der mündlichen Verhandlung am 17. August 2001 beschlossen:

Der Beschluß des Präsidenten des Landesschiedsgerichts Berlin vom 01.05.01 (AZ. 54/III-01 EA) und der Beschluß des Landesschiedsgerichts Berlin vom 11.07.01 werden aufgehoben.

Kosten werden nicht erhoben. Außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.

Gründe:

I.

Die Antragsteller sowie der inzwischen aus der F.D.P. ausgeschiedene G haben - wie sich aus dem Beschluß des Präsidenten des Landesschiedsgerichts vom 01.05.01 ergibt, am 30.04. die aus dem Tenor des Beschlusses vom 01.05. ersichtlichen Anträge gestellt Das Landesschiedsgericht hat dem Antragsgegner zu 2) untersagt, bis zur Rechtskraft der Entscheidung im Hauptsacheverfahren 41/III-01 bestimmte, aus dem Tenor zu Ziffer 1-3 näher ersichtliche Berechnung gemäß § 3 Landessatzung Berlin (im Folgenden LSB) vorzunehmen. Die Anträge gegen den Antragsgegner zu 1), dem Bezirksverband T wurden zurückgewiesen.

Mit Beschluß vom 11.07.01 hat das Landesschiedsgericht den Beschluß des Präsidenten des Landesschiedsgerichts vom 01.05.01 bestätigt. Hiergegen richten sich die Beschwerden der Antragsgegner mit dem Antrag, die Beschlüsse vom 01.05. und 11.07.01 aufzuheben.

II. i

Die Beschlüsse des Landesschiedsgerichts vom 01.05. und 11.07.01 waren aufzuheben.

Das Verfahren 41/III-01, bis zu dessen rechtskräftiger Entscheidung die einstweilige Anordnung gemäß Beschluß vom 01.05.01 des Präsidenten des Landesschiedsgerichts wirksam sein sollte, ist durch Beschluß des Bundesschiedsgerichts vom 17.08.01 dahingehend entschieden worden, daß die Beschlüsse des Landesschiedsgerichts Berlin vom 29. Mai 01 aufgehoben worden sind.

Damit ist die Wirksamkeit der Beschlüsse vom 01.05. und 11.07.01 in der vorliegenden Sache entfallen. Sie waren im Interesse der Rechtsklarheit aufzuheben. Es kam nicht darauf an, ob alle im Beschluß vom 01.05.01 erwähnten Verfahren des Landesschiedsgerichts bereits rechtskräftig erledigt waren, da die einstweilige Anordnung ausdrücklich nur bis zur Rechtskraft eines Beschlusses im Verfahren 41/III-01 wirksam sein sollten. Die Beschwerde des Antragsgegners zu 1), Bezirksverband T ist unzulässig, da dieser durch die angefochtenen Entscheidung nicht beschwert ist

Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 Schiedsgerichtsordnung.

. Dr. Peter Lindemann gez. Dr. Hanns Engelhardt

gez. Dr. Gerhard Wolf gez. Hermann Bach

gez. Michael Reichelt

f.d.R.

Antonia Huning
Geschäftsstelle d. BSchG